

Die SVP kämpft gegen Windmühlen

In Gemeinden, Kantonen und beim Bund torpediert die Partei erneuerbare Energien

ERICH ASCHWANDEN

Magdalena Martullo-Blocher wirft sich nur in die Schlacht, wenn es um wirklich Wichtiges geht. Dabei gehört offensichtlich der Schutz der Bündner Berge zu ihren Prioritäten. Die SVP-Nationalrätin sparte auf jeden Fall nicht mit harten Worten, als sie im Juni gegen die Windkraftpläne des Kantons Graubünden mobil machte.

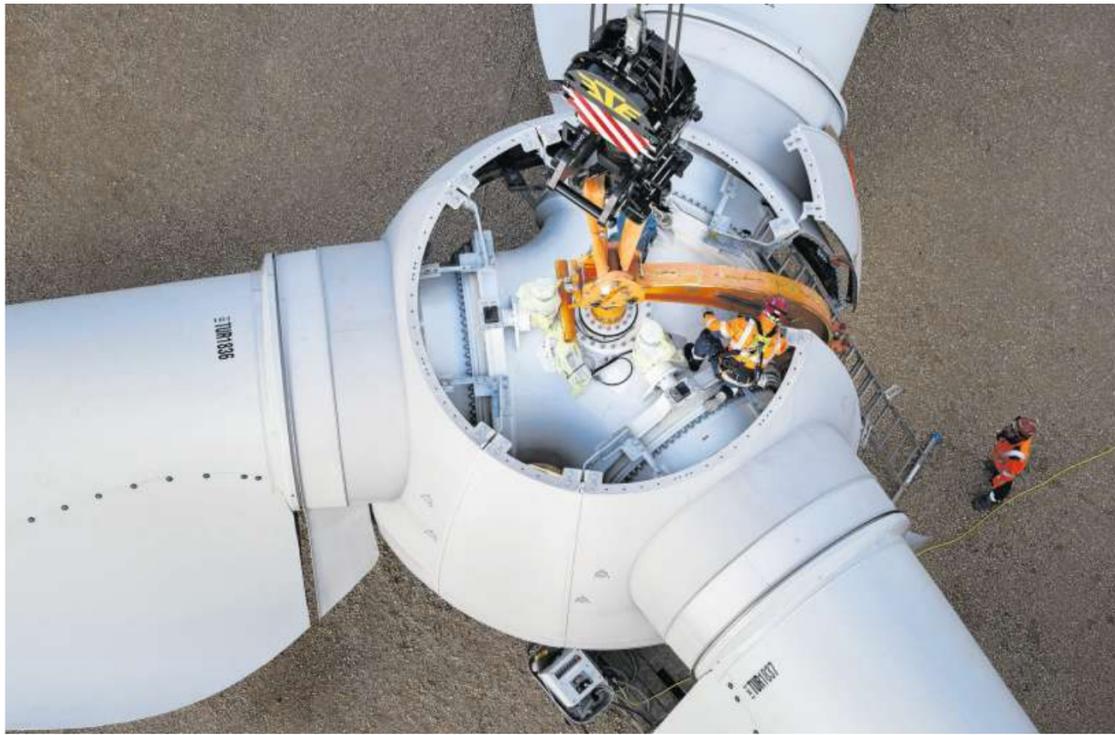
Martullo bezeichnete es als Affront, dass die 25 im Richtplan ausgewiesenen Windparkzonen «voll in den schönsten Tourismusgebieten liegen». Und dies, obwohl Windräder nichts für die Versorgungssicherheit bringen würden, weil sie viel zu wenig Strom lieferten. Aufgepeppt wird der Frontalangriff auf der Website der SVP Graubünden mit beängstigenden Visualisierungen, unter anderem von Windrädern auf dem Davoser Jakobshorn. Der «Blick» erklärte die streitbare Politikerin denn auch zur «Doña Quijote» im Kampf gegen die Windmühlen.

Immerhin bleibt Martullo ihrer Scholle treu, ist sie doch Vizepräsidentin der SVP Graubünden und Chefin der Ems-Chemie, deren Werksgelände in Domat/Ems in einem Windkraftgebiet zu liegen käme. Über den Gartenhag hinaus frisst ihr Parteikollege Gregor Bruhin. Der Zuger Kantonsrat hat Anfang August im Zuger Parlament einen Vorstoss eingereicht, der das ohnehin angespannte Verhältnis zum Nachbarkanton Zürich zusätzlich belasten dürfte.

Zug soll in Zürich intervenieren

Bruhin ist wie Martullo-Blocher gegen die Errichtung neuer Windräder – und zwar im Nachbarkanton. Der Zürcher Baudirektor Martin Neukom (Grüne) hat im Oktober 2022 Pläne vorgestellt, wonach bis 2050 rund 120 Windräder Strom produzieren sollen. Auf der Liste potenzieller Standorte finden sich solche in den Gemeinden Kappel am Albis, Mettmenstetten, Maschwanden, Knoben und Obfelden. Sie alle liegen an der Kantonsgrenze zu Zug.

Bruhin sorgt sich in erster Linie um den Steinhäuser Wald, der zwar mehrheitlich auf Zuger Kantonsgebiet, aber teilweise auch im Kanton Zürich liegt. «Was hier entlang der Kantonsgrenze geplant wird, betrifft uns stark und schmälert unsere Lebensqualität», erklärt der SVP-Parlamentarier auf Anfrage der NZZ. Er fordert die Zuger Regierung deshalb auf, «alle zur Ver-



Der Windpark Sainte-Croix (VD) soll nach dem Willen der SVP nicht zum Vorbild für weitere Anlagen in der Schweiz werden. KEYSTONE

füngung stehenden Mittel zu ergreifen», damit die Windräder nie errichtet werden. Konkret soll dies im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens geschehen.

«Für mich ist klar, dass die vom Kanton Zürich geplanten Anlagen in erster Linie ideologisch bedingt sind», sagt Bruhin. Der Bau von Windkraftanlagen sei weder wirtschaftlich noch energiepolitisch sinnvoll. «Solche Anlagen produzieren in der Schweiz einfach zu wenig Strom. Die negativen Effekte für Mensch und Natur überwiegen eindeutig», sagt er. Die meisten Experten teilen diese Meinung jedoch nicht. Windräder haben nämlich den Vorteil, dass sie häufig dann Strom liefern, wenn keine Sonnenenergie anfällt. Also im Winter, wenn Engpässe am wahrscheinlichsten sind.

Mit den betroffenen Gemeinden im Nachbarkanton hat sich Bruhin bisher nicht in Verbindung gesetzt. Allerdings haben SVP-Vertreter in mehreren Zürcher Gemeinden Einzelinitiativen eingereicht, mit denen die Errichtung von Windrädern stark erschwert oder gar verhindert werden soll. Diese Bemühun-

gen zeigen durchaus Erfolg. So hat die ehemalige Gemeindepräsidentin und Nationalrätin Therese Schläpfer durchgesetzt, dass in Hagenbuch bei Winterthur zwischen bewohnten Gebäuden und Windkraftanlagen ein Abstand von 1000 Metern eingehalten werden muss. Bisher lag der Mindestabstand bei 300 Metern.

Inzwischen macht das «Modell Hagenbuch» Schule. In Hombrechikon, Stäfa und Küsnacht hat die SVP inzwischen ähnlich lautende Initiativen eingereicht. In Küsnacht personifiziert die SVP-Kantonsrätin und Nationalratskandidatin Nina Fehr Düssel den Widerstand gegen die Windenergie. In Gemeinden, die an den Kanton Zug grenzen, ist es bisher allerdings ruhig geblieben.

Das Vorgehen der SVP, in Gemeinden, Kantonen und beim Bund neue Windanlagen zu torpedieren, hat System. Wo immer es geht, spricht sich die Partei gegen eine Beschleunigung der Verfahren für grössere Wind- und Solaranlagen aus, kämpft gegen einzelne Windräder und wehrt sich gegen eine Solarpflicht. Einzig beim Ausbau der Wasserkraft hat

die SVP keine Einwände. Ein Hauptargument gegen die Windkraft ist für die SVP die Behauptung, dass sie in der Schweiz aufgrund der topografischen Situation nicht wirtschaftlich genutzt werden könne. Doch im ebenfalls gebirgigen Binnenland Österreich lieferte die Windkraft 2022 pro Kopf fast fünfzigmal so viel Strom wie in der Schweiz.

Ein Grund dafür, dass die SVP das Thema Windenergie derart intensiv bearbeitet, ist sein hohes Mobilisierungspotenzial. In Gemeinden, die konkret vom Bau einer Windenergieanlage betroffen sind, lässt sich der Widerstand meist einfach mobilisieren. Häufig mischen denn auch SVP-Exponenten an vorderster Front von Bürgerkomitees mit.

Ausserdem weiss die Partei bei diesem Thema die Basis hinter sich. In einer Anfang 2023 von der NZZ durchgeführten Umfrage erklärten nur 29 Prozent der SVP-Sympathisanten im Kanton Zürich, dass sie den Bau von Windkraftanlagen befürworteten. Bei allen übrigen Parteien lag die Zustimmung bei über 50 Prozent.

So ist es nur folgerichtig, dass die SVP Zürich inzwischen im Kantonsrat eine parlamentarische Initiative eingereicht hat, die weit über einzelne Gemeinden hinausgeht. Die Partei fordert nämlich, dass der Mindestabstand zwischen einer industriellen Windanlage (Nabenhöhe ab 50 Meter) zu bestehenden, bewohnten oder teilweise bewohnten Gebäuden 1000 Meter betragen muss. Ähnliche Vorstösse haben Martullo-Blochers Bündner SVP und mehrere SVP-Kantonsräte im Thurgau eingereicht.

Therese Schläpfer führt inzwischen die Blockadepolitik, mit der sie auf Gemeindeebene erfolgreich war, weiter auf die nationale Ebene. Per Motion fordert sie den Bundesrat auf, den Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten auf mindestens das Siebenfache der Gesamthöhe des Windrades festzulegen. In seiner Stellungnahme erteilt der Bundesrat dieser Idee eine Abfuhr. Sollte der Mindestabstand tatsächlich derart stark erhöht werden, würde die Zahl der Windenergiegebiete, welche die Kantone bereits in ihren Richtplänen festgesetzt haben, stark reduziert werden oder vielfach ganz wegfallen.

Rösti war stets gegen Windkraft

Ob auch SVP-Bundesrat Albert Rösti persönlich die Meinung teilt, dass Windräder ein wichtiger Bestandteil des schweizerischen Strommix werden könnten? Offiziell weiss man das nicht, aber es ist zu bezweifeln. Während seiner Zeit als Nationalrat und SVP-Präsident war er ein bekennender Gegner der Windkraft. Umso brisanter war es, dass eines der ersten Geschäfte, die er im Nationalrat als Energieminister vertreten musste, der sogenannte Windexpress war. Dieser sieht die Beschleunigung der Bewilligungsverfahren für Windparks vor.

Natürlich fiel Rösti nicht aus seiner neuen Rolle. Er begann sein Votum mit der Phrase: «Ich lege Ihnen gerne die Haltung des Bundesrates vor.» Auch später sprach er immer vom «Bundesrat», der den Zubau der Windenergie mit diesem Vorhaben rasch stärken wolle. Ansehend hat Rösti seine Sache gut gemacht, hielt sich die Kritik seiner in dieser Angelegenheit unterlegenen Parteikollegen doch in engen Grenzen. Schliesslich verzichtete die SVP sogar auf das Referendum gegen den Beschluss. Rösti wird dafür danken. Gleich bei der ersten Volksabstimmung im Gegenwind seiner eigenen Partei zu stehen, wäre hart gewesen.

Masslose Zuwanderung ist die Wurzel des Übels

Wo immer es ungelöste Probleme gibt: Die Ursachen stehen in engstem Zusammenhang mit der ungebremsten Immigration in unser kleines Land

CHRISTOPH BLOCHER

Ich höre und lese es täglich: Die Menschen in der Schweiz machen sich grosse Sorgen, so zum Beispiel wegen der Umwelt. Tatsächlich wird täglich eine Fläche von acht Fussballfeldern überbaut. Mehr und mehr Grünfläche verschwindet unter Beton. Nicht nur Grüne klagen. Die Landwirtschaft ist gezwungen, auf immer weniger Fläche immer mehr Menschen zu versorgen. Nicht nur Bauern klagen.

Die Menschen sorgen sich auch um die Sozialwerke und die jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Dazu kommt die gefährdete Versorgungssicherheit in Bezug auf Strom. Sorgen machen sich Mütter und Väter über die Qualität unserer Schulen. Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Gewalt und Kriminalität haben beängstigend zugenommen.

Woran liegt das alles? Sagen wir es offen: am masslosen Bevölkerungswachstum. Wo immer es ungelöste Probleme gibt: Die Ursachen stehen in engstem Zusammenhang mit der ungebremsten Zuwanderung in unser kleines Land. In den letzten 20 Jahren ist die Schweizer Bevölkerung jedes Jahr um durchschnittlich 75 000 Menschen gewachsen. Damit wuchs die Schweiz gemäss Uno

16-mal schneller als Deutschland. Selbst in absoluten Zahlen übertrafen wir mit plus 1,5 Millionen Einwohnern das 9-mal grössere Deutschland mit seinen plus 1,1 Millionen. Alle Zugewanderten brauchen eine Wohnung. Sie wollen mobil sein. Sie brauchen Strom und Wasser, staatliche Leistungen, eine optimale Gesundheitsversorgung und ein erfolgreiches Schul- und Bildungssystem.

Im letzten Jahr wuchs die Bevölkerung netto sogar um rund 180 000 Menschen, was der Bevölkerung der Stadt Basel entspricht: 81 345 «ordentliche» Zuwanderer (aus EU/EFTA und Drittstaaten), 24 511 Asylbewerber und rund 70 000 Schutzsuchende aus der Ukraine. Was heisst das konkret?

Permanent am Anschlag

Allein diese Zugewanderten brauchen – im Schnitt – so viel Strom wie 40 Prozent des stillgelegten Kernkraftwerks Mühleberg. Sie belegen eine Siedlungsfläche von fast 10 000 Fussballfeldern. Es bedeutet 97 000 Autos mehr auf den Strassen. Dazu kommt der Neubau von mehr als 82 000 Wohnungen, der Bedarf an rund 800 Spitalbetten, 4700 Pflegenden sowie 800 zusätzlichen Ärzten.

Genügend Fachpersonal für eine derartige Zuwanderung auszubilden, ist schlicht unmöglich. Der «Fachkräftemangel» nimmt dadurch zu, was zu noch mehr Zuwanderung führt: eine Endlosschleife. Grosszügige Sozialleistungen fördern den Familiennachzug von Zuwanderern ohne Einkommen. Nur jeder zweite «ordentlich» Zugewanderte ist erwerbstätig. 47 Prozent der Bezüger von Arbeitslosengeldern sind Ausländer, obwohl deren Anteil nur 26 Prozent ausmacht. Alle beanspruchen die Infrastrukturen, das Gesundheits- und das Schulwesen und Dienstleistungen. All dies braucht wieder Fachkräfte.

Rund vier Fünftel der zusätzlichen Wohnfläche der letzten 20 Jahre wurden wegen des Bevölkerungsanstiegs gebaut. Obwohl der Wohnungsbau auf Hochtouren läuft – selbst im Krisenjahr 2020 wurden 71 Prozent mehr Wohnungen gebaut als noch 2001 –, herrscht Wohnungsknappheit. Die Staubbelastung auf den Strassen hat sich seit 2000 mehr als vervierfacht. Unser Gesundheitssystem ist permanent am Anschlag – trotz 54 Prozent mehr Ärzten gegenüber 2002 und obwohl keine Pandemie mehr herrscht. Eine Lehrerin erzählte mir, sie habe eine Schulklasse, in der gerade

noch zwei Kinder Schweizerdeutsch redeten. Wer integriert hier wen?

Handlungsunfähige Politiker

Das Hauptproblem sind die Duldung dieser masslosen Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit und der fehlende Handlungswille im Asylbereich. Es fehlt nicht an gesetzlichen Grundlagen, sondern an tätigen Politikern.

Volk und Stände haben 2014 die Masseneinwanderungsinitiative angenommen und damit der vollen Personenfreizügigkeit eine Absage erteilt. Doch das Parlament hat sich dem Verfassungsauftrag in schändlicher Weise verweigert und die Volksinitiative nicht umgesetzt.

Was das Asylwesen betrifft, habe ich 2006 als damaliger Justizminister im Auftrag des Bundesrates eine entsprechende Vorlage zur Volksabstimmung gebracht, die mit 68 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde. Seither ist klar geregelt, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Nur muss es gemacht werden. Doch da fehlt es.

Das Asylgesetz ermöglicht echten Flüchtlingen eine Zuflucht. Es ist eine harte und undankbare tägliche Aufgabe, die Missbrauchsfälle nicht zuzulassen, um

den Schleppern das Handwerk zu legen. Doch es wird nicht gehandelt. 2023 wird eine rekordhohe Zahl von Asylgesuchen erwartet. Die Verantwortlichen suchen für Asylsuchende Wohnungen, statt die Asylmissbräuche zu unterbinden.

Was ist zu tun? Wir brauchen Politiker, die endlich ihre Arbeit tun. Auch die undankbare. Das wäre der Sinn der Wahlen. Konkret: Am 22. Oktober müssen Politiker gewählt werden, welche die masslose Zuwanderung und den Asylmissbrauch endlich unterbinden. Politiker, die den Volkswillen nicht missachten, sondern vom Souverän beschlossene Verfassungsgrundsätze und Gesetze umsetzen.

Christoph Blocher ist SVP-Politiker, ehemaliger Bundesrat und Unternehmer.

LAUTER PROBLEME

Zuwanderung, Polarisierung oder Stadt-Land-Graben: Die Schweiz hat verschiedene Herausforderungen zu bewältigen. In einer Artikelserie widmen sich verschiedene Persönlichkeiten einem Problem, das es zu lösen gilt.

NZZ nzz.ch/schweiz/probleme